

Regionale Kreisläufe und globaler Markt

Josef Göppel

Mai 1998

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts begann mit einem Paukenschlag: Die Grenzen mitten durch Europa verloren ihren Schrecken, der Kommunismus brach zusammen, für viele Menschen öffnete sich die Welt. Die überschwängliche Freude im Gefühl neuer Freiheit war aber schnell verraucht. Ein neues Schlagwort tauchte am Horizont auf: Globalisierung. Global players hießen die oft neidvoll bewunderten Helden jener frühen 90er Jahre, die großen Spieler der wirtschaftlichen Macht, die in keinem Land mehr zuhause waren, sondern den ganzen Globus als ihr Aktionsfeld benutzten. Neoliberale schwärmten von einem globalen Markt, der zu Wohlstandsgewinnen für alle führe.

Eine ganz neue Freiheit zog herauf mit einer neuen, grenzenlosen Beweglichkeit. Gleichzeitig drohten aber die sozialen und ökologischen Begrenzungen der Marktwirtschaft hinweggespült zu werden. Zum Ende des Jahrzehnts sind die besonneneren Kräfte noch immer erst dabei, ihre Position angesichts solcher Gefahren zu formieren.

Wettbewerb ohne Grenzen?

Es wächst die Erkenntnis, dass jeder Wettbewerb Regeln braucht, um die brutale Durchsetzung des Rechts der Stärkeren zu verhindern. Die wirtschaftliche Dynamik muss sich in einem politischen Werterahmen vollziehen, der soziale und ökologische Ziele sichert. Die wirtschaftlichen Kräfte agieren inzwischen weitgehend global, aber die zugehörigen Rechtsordnungen sind immer noch auf die Ebene der Nationalstaaten beschränkt. Erst zaghaft setzen sich einheitliche soziale und ökologische Standards wenigstens auf europäischer Ebene durch. Meist bleibt es beim kleinsten gemeinsamen Nenner, mit dem der Langsamste das Tempo politischer Fortschritte bestimmt. Der Widerspruch zwischen globaler Wirtschaftstätigkeit und nationalen Rechtsordnungen ist eine der ungelösten politischen Aufgaben zum Ende des Jahrhunderts. Der Weg zu weltweiten, sozialen und ökologischen Standards wird mühsam sein, aber ohne sie gibt es auf Dauer keine Gerechtigkeit und keinen Frieden.

ERNST ULRICH VON WEIZSÄCKER lenkte 1996 mit der internationalen Konferenz „Grenzenlos?“ die Aufmerksamkeit auf Sinn und Funktion von Grenzen in der globalisierten Wirtschaft. Ein Vergleich mit der Natur, die in einem langen Ausleseprozess fein ausbalancierte Grenzen hervorbrachte, schien ihm angebracht: Natürliche Grenzen sind kontrolliert durchlässig. Auch unser eigener Körper ist aus vielen eigenständigen Zellen aufgebaut, in denen ein Teil der Lebensvorgänge selbständig abläuft. Alle zusammen bilden sie den Organismus. Wer auf die Idee käme, die Zellwände als Handelshemmnisse für die Ionen des Stoffwechsels zu „deregulieren“, also zu beseitigen, der würde in kürzester Zeit den gesamten Organismus zerstören. Wir brauchen ein gewisses Maß an Regulierung, wenn wir Ordnung erhalten wollen. Die Kräfte des Marktes brauchen Regeln, die sie begrenzen. Nicht umsonst warnte LUDWIG ERHARD vor „liberalistischem Freibeutertum“ und der Volkswirtschaftlicher WALTER EUCKEN vor „dem

selbstgesetzten Recht der Wirtschaft“. Alle leben besser, wenn dem Eigennutz zugunsten des Gemeinwohls Grenzen gesetzt sind. In der Arbeit an gemeinsamen Regeln für die globalisierte Wirtschaft liegt die Aufgabe einer neuen Politikergeneration. Wir brauchen einen weltweiten Siegeszug der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, nicht schrankenlosen Wettbewerb.

Worin besteht die nachhaltige Regionalentwicklung?

Die Merkmale und Wirkungsmechanismen nachhaltiger Regionalentwicklung sind inzwischen recht gut analysiert. Danach greift nachhaltige Regionalentwicklung die aus Österreich und der Schweiz bekannten Elemente der eigenständigen Regionalentwicklung auf und verbindet sie mit dem globalen Gebot der Nachhaltigkeit. Eigenständig kann eine Entwicklung wohl sein; nachhaltig ist sie aber nur dann, wenn ihre Einzelschritte wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen gleichermaßen gerecht werden.

Wer nachhaltige Regionalentwicklung betreiben will, fragt zunächst:

Welche natürlichen Hilfsquellen sind in der Region vorhanden?

Welche traditionellen Wirtschaftszweige gibt es?

Wie decken die Menschen in der Region ihren Bedarf an Nahrung, Wohnung, Kleidung, Arbeit, Bildung und Freizeit derzeit?

Heute wird zum größten Teil mit Rohstoffen und Energie von außerhalb der Region produziert. Zwischenprodukte werden nur zu einem geringen Teil in der Region weiter verarbeitet. Endprodukte werden größtenteils exportiert. In ökonomischer Hinsicht zielt deshalb die nachhaltige Regionalentwicklung auf eine deutliche Stärkung und gegenseitige Verflechtung der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der Region. Sie versucht, Stoffkreisläufe zu schließen und kleinräumiger zu führen.

Auf diese Weise zirkuliert mehr eigenerwirtschaftetes Kapital in der Region. Das erhöht die Wertschöpfung. Das schafft und sichert Arbeitsplätze im jeweiligen Raum.

Auch für den Geldkreislauf soll das Ziel der Regionalisierung gelten. Regionale Kapitalbeteiligungsgesellschaften sollen das Investment vor Ort stärken. Die sonst so global operierenden Amerikaner sind uns im regionalen Sponsoring und bei der Geldanlage reicher Privatleute in der eigenen Region weit voraus. Kapital aus der Region sollte nun auch bei uns wieder mehr in der eigenen Region angelegt werden.

Das Ziel regionaler Wirtschaftskreisläufe ist nicht Abschottung oder gar Autarkie. Es geht vielmehr um ein sinnvolles Verhältnis zwischen überregionalem Austausch und regionalen Kreisläufen. Derzeit ist der Anteil regionaler Wirtschaftskreisläufe in Deutschland eindeutig zu gering! Der weite Transport von Gütern des täglichen Bedarfs, die jede Region in höchster Qualität herstellen und verarbeiten kann, ist einfach unsinnig – auch ökonomisch. Je großräumiger und zentralisierter, desto kapitalintensiver und arbeitsplatzärmer wird das Wirtschaften. Der Journalist RUDOLF L. SCHREIBER wies erst vor kurzem darauf hin, dass ein Wirtschaftswachstum, das immer mehr Arbeitslose produziert, sich selbst zerstört. Neue Kaufkraft wächst nur mit neuen Arbeitsmöglichkeiten nach.

Die sozialen Wirkungen der nachhaltigen Regionalentwicklung verändern das Denken der betroffenen Menschen am meisten. Die Besinnung auf eigene Kräfte und die Nutzung regionaler Ressourcen stärken die Eigenverantwortung und die Identität, das Einssein mit dem Land. In aller Regel wächst der Zusammenhalt der Bewohner.

Die gemeinsame Bindung an eine Region als Lebensmittelpunkt setzt überraschende Kräfte frei. Die Bündelung der Eigenkräfte führt zu neuem Selbstbewusstsein und einer neuen Form von Heimatverbundenheit. Gerade in der globalisierten Technikwelt brauchen die Menschen Haltepunkte für das Gemüt.

Die Globalisierung kann durch ihre extrem gesteigerte Arbeitsteilung, in der der Einzelne den Sinn seines Tuns nicht mehr erkennt, und durch weit gespannte, anonyme Beziehungen der Demokratie schaden. Regionalisierung stärkt die Demokratie durch Überschaubarkeit. Die direkten Folgen des eigenen Handelns werden plötzlich wieder spürbar. Der Mensch lebt in weniger anonymen Beziehungen.

Die Gestaltbarkeit seiner Lebensumwelt wird größer. Er kann Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit leichter kontrollieren. Das hehre Prinzip der Subsidiarität wird wirklich mit Leben erfüllt. Jede gesellschaftliche und politische Ebene regelt ihre Dinge soweit wie möglich selbst und aus eigenen Kräften, bevor die nächst größere Einheit koordiniert oder unterstützend eingreift.

Gegenseitige Abhängigkeit und Verantwortung tritt klarer zutage. Das hilft, Konkurrenz durch Kooperation zu ersetzen. Wettbewerb und Zusammenarbeit kommen in ein neues Verhältnis zueinander. Gemeinsames Verbundmarketing entlang einer Produktkette tritt zum Beispiel an die Stelle von Konkurrenzmarketing.

Runde Tische, die Errungenschaft der Bürgerbewegung in der DDR-Wendezeit, versammeln oft ganz unterschiedliche Interessen und ermöglichen doch gemeinsame Lösungen. Gerade wer die Interessenlage des anderen anerkennt, hat den Blick frei für unerwartete Gemeinsamkeiten. Sicher gibt es an runden Tischen auch unproduktiven Leerlauf, aber sie sind dennoch wirksame Instrumente zur Umsetzung der Agenda 21. Runde Tische markieren den Übergang von der repräsentativen zur teilhabenden Demokratie.

Überschaubare und kontrollierbare Entwicklungen wirken auch auf den regionalen Arbeitsmarkt positiv. Bedarf und Angebot an Arbeitsplätzen können leichter zusammenfinden. Es gibt bereits mehrere Beispiele regionaler Aktionsprogramme „Arbeit und Umwelt“, die mit Umweltschutzprojekten neue Beschäftigung schaffen. Der Lebensraum wird so zu einem echten Wirkungsraum, in dem man auf Gegenseitigkeit arbeitet. Überschaubare Beziehungen sind eine wichtige Voraussetzung für Verantwortung und Kooperation. Sowohl Produzent als auch Konsument können stärker in die Produktverantwortung einbezogen werden. Auf neue Trends lässt sich rascher und flexibler reagieren.

Ökologisch richtet sich die nachhaltige Regionalentwicklung am Idealfall geschlossener Kreisläufe der Natur aus. Dort wird die Biomasse, die jährlich anfällt, in den Stoffkreislauf zurückgeführt. Natürliche Kreisläufe haben ein dynamisches Gleichgewicht mit ausgeglichenen Stoff- und Energiebilanzen. Auch im menschlichen

Wirtschaften gilt es, den Stoffdurchsatz und den damit verbundenen Energiedurchfluss zu verringern. Nachhaltiges wirtschaftliches Handeln richtet sich an der ökologischen Basis des Raumes und deren Begrenztheit aus. Es gilt, eine maximal tragbare Kapazität festzulegen. Das äußert sich dann beispielsweise darin, dass der Tourismus seine Wachstumsgrenzen an der Lebensqualität der ortsansässigen Bevölkerung findet.

Nachhaltiges, regionales Wirtschaften steht weitgehend im Einklang mit der Natur. Sein offenkundigster ökologischer Vorteil sind die kurzen Wege und das Einsparen von Transportenergie. Dieser Gesichtspunkt gewinnt vor dem Hintergrund der globalen Klimaveränderungen immer mehr an Bedeutung. Wer das Wirtschaftsgeschehen an den Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit ausrichtet, trägt automatisch zur Erhaltung der Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft bei. Nachhaltige Regionalentwicklung hat also immer die Handlungsspielräume zukünftiger Generationen im Blick.

Ein weiterer wichtiger Grundsatz nachhaltigen Wirtschaftens ist es, Monotonie zu vermeiden und Vielfalt zu fördern. Hier liegt der Berührungspunkt zum Naturschutz im engeren Sinn. Ehrenamtliche Naturschützer waren es, die die ersten Regionalinitiativen ins Leben riefen. Ihnen ging es ursprünglich darum, charakteristische Landschaften durch standortangepasste Nutzung zu erhalten und die Produkte aus der Landschaftspflege zu vermarkten. Die Mannigfaltigkeit des Lebens zu bewahren, ist im Naturschutz oberster Grundsatz. Der entscheidende gedankliche Anstoß zum heutigen, ganzheitlichen Regionaldenken kam dabei aus Ostdeutschland. Von dort aus weitete sich der Blick des kleinräumigen, westdeutschen Restflächennaturschutzes darauf, Kulturlandschaften in ihrer Gesamtheit zu erhalten.

Bisher kaum beachtet wird generell der Faktor Zeit. Alle rasant beschleunigten Prozesse brauchen exponentiell mehr Energie. Mit einem entschleunigten Wirtschaftsprozess kann der Material- und Energiefluss erheblich gesenkt werden. Nachhaltige Regionalentwicklung ist nicht nur in ländlichen Problemgebieten möglich, sondern auch in intensiv genutzten Gunsträumen, ja sogar in Stadtregionen. Das Leitbild der Nachhaltigkeit gilt überall. In § 1 des am 01. Januar 1998 in Kraft getretenen Raumordnungsgesetzes des Bundes heißt es: „Leitvorstellung ist eine nachhaltige Raumordnung, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung führt.“

Die gedanklichen Anstöße der Regionalbewegung sind inzwischen in die Spitzenetagen der Politik vorgedrungen. Ganz gleich, ob man sich dem Regionalgedanken von der konservativen bewahrenden Sicht aus nähert, von der sozialen Gerechtigkeit her oder aus der liberalen Sicht einer echten Wettbewerbswirtschaft ohne Monopolbildung – das Konzept der nachhaltigen Regionalentwicklung ist von jeder politischen Sichtweise her schlüssig und tragfähig.

Region - was ist das überhaupt?

Welches Gebiet meinen wir heute, wenn wir von Region sprechen? Kaum ein Begriff ist so unbestimmt. Wir sprechen von Weltregionen und meinen zum Beispiel ganz Südostasien. Die europäische Union versteht unter Region die deutschen

Bundesländer und vergleichbaren Gebiete. 118 gibt es davon im Europa der 15 Mitgliedsstaaten. Am Beispiel Bayerns, das sich über 70.000 Quadratkilometer erstreckt, wird aber deutlich, dass sich eine Region im Bewusstsein der Menschen auf viel kleinere Einheiten bezieht.

Daher bietet sich am ehesten eine Definition an, die dem Begriff der Landschaft folgt: Landschaften sind Raumeinheiten, die im Bewusstsein der Menschen als etwas Gemeinsames, von den Nachbarn Unterschiedenes wahrgenommen werden. Ihre Grenzen sind bis auf ganz wenige Ausnahmen fließend und bewegt wie das Leben selbst. Landschaft im alten deutschen Wortsinn ist das aus dem Naturraum und der geschichtlichen Prägung eines Raumes entstandene Erbe. Daran knüpft das Heimatgefühl vieler Menschen an. Der Zentralausschuss für deutsche Landeskunde ermittelte 1994 für Deutschland 691 eigenständige voneinander abgrenzbare Landschaften.

Für nachhaltiges Wirtschaften, für die Schließung von Kreisläufen, für mehr Nähe zwischen Erzeugern und Verbrauchern ist die Region im landschaftlichen Sinn eine ideale Plattform. Die Menschen können sie überblicken. Hier fällt die Orientierung auf das Gemeinwohl leichter. Die Regionalebene bietet am ehesten die Möglichkeit, die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit zu realisieren.

Merkmale von Regionalprodukten

„Regional“ verkauft sich heute gut. Das reizt geradezu zu falschen Etiketten. Wie bei der Biowelle der 80er Jahre müssen wir nun rasch zu eindeutigen Kriterien für Regionalprodukte kommen. Das scheint ein Widerspruch in sich zu sein. Kann man Vielfalt über einen Leisten scheren?

Grundsätze für Produkte aus nachhaltiger, regionaler Kreislaufwirtschaft:

- Herstellung und Verarbeitung geschehen in der Region.
- Vermarktung und Verbrauch spielen sich weitgehend in derselben Region ab.
- Produktionsverfahren, Beschaffenheit der Produkte, Transportvorgänge und Weiterverwendung orientieren sich am Ziel, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung zu minimieren. Ökologische Produktkriterien stehen gleichrangig neben den regionalen Herkunftsmerkmalen.
- Am gesamten Produktionszyklus sind Arbeitskräfte aus der Region beteiligt.
- Der Ertrag aus dem Wirtschaftsprozess wird nicht abgezogen, sondern verbleibt in der Region.
- Für den Verbraucher bleibt die Produktion nachvollziehbar, er bekommt Produkte mit unverwechselbarem Charakter, hoher Qualität und (bei Lebensmitteln) hoher Frische.

Regionalität ist keine Modeerscheinung

Zum Werdegang des Regionalgedankens

In den Anfängen der deutschen Naturschutzbewegung steckt bereits viel von der heutigen Sicht einer nachhaltigen Entwicklung. ERNST RUDORFF befasste sich 1880 in seinem grundlegenden Aufsatz „Über das Verhältnis des modernen Lebens zur Natur“ damit, wie die Industrialisierung die Heimat umgestaltete. Für ihn waren der Schutz der Natur und das harmonische Sicheinfügen der Menschen in das Lebensganze eine Einheit. Er verstand Naturschutz als umfassenden Heimatschutz.

Der österreichische Botaniker RAOUL FRANCÉ plädierte 1923 in seiner Schrift „Die Entdeckung der Heimat“ eindringlich für einen umfassenden Lebensschutz und führte den Heimatbegriff auf seine lebenstragenden Wurzeln und ökologischen Zusammenhänge zurück. Während der Naziherrschaft wurden diese Ansätze allerdings schrecklich missbraucht. Die Verbindung des Heimatbegriffs mit gnadenloser Ausgrenzung anderer im Rassenwahn, mit Blut und Boden sowie der Verachtung alles „dekadentstädtischen“ führte nach dem Krieg zu einer regelrechten Abscheu gegen den Heimatbegriff. Alles was damit zusammenhing, war bis in die siebziger Jahre hinein verpönt.

Erst die österreichischen und schweizerischen Regionalinitiativen nach dem Ölpreisschock von 1973 brachten zu Beginn der achtziger Jahre auch in Westdeutschland eine neue Diskussion über die Verankerung der Menschen in ihrem Lebensraum in Gang. Vorläuferinitiativen einer regionalen Kreislaufwirtschaft gab es auch in Wales und Schottland. Mitarbeiter der Gesamthochschule Kassel und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft entwickelten die ersten deutschen Regionalkonzepte. 1984 legte Hessen ein ländliches Regionalprogramm auf, das sich als erstes bundesdeutsches Förderkonzept an einer eigenständigen Regionalentwicklung orientierte. Mitte der 80er Jahre gründeten sich in Bayern die ersten Landschaftspflegeverbände. Sie hatten den Schutz der heimatlichen Natur und die Unterstützung einer angepassten naturverträglichen Landnutzung in ihrem Programm. Landschaft verstanden sie als Lebensraum des Menschen, der dauerhaft naturverträglich entwickelt werden sollte. Den Landwirten sollte eine zusätzliche Wertschöpfung aus der Region heraus ermöglicht werden. Mit ihrer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Kommunalpolitik, Landwirtschaft und Naturschutz sind die Landschaftspflegeverbände Vorläufer des Gedankenguts der Agenda 21. Zeitgleich widmete sich die Wissenschaft systematisch dem Thema eigenständige Regionalentwicklung. Zahlreiche Regionalinitiativen trugen dieses Gedankengut dann mit vielfältigen Aktionen in die Breite.

Begonnen hat das Regionaldenken in ländlichen Räumen. Die stürmische technische Entwicklung hatte sie in den Nachkriegsjahrzehnten besonders stark umgeformt. Waren sie noch bis in die sechziger Jahre durchaus an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt, so wurde ihnen dann mehr und mehr lediglich eine Pufferfunktion für Engpässe in den Zentren zugebilligt, deutlich erkennbar am Beispiel der Zweigbetriebe mit verlängerten Werkbänken oder an Grundwasserentnahmegebieten und Deponiestandorten. Auch die Raumordnungspolitik der siebziger Jahre definierte ländliche Räume teilweise nur noch als Restkategorie.

In Österreich und der Schweiz entstand Mitte der siebziger Jahre der Gedanke einer eigenständigen Entwicklung aus den ländlichen Räumen selbst. Nicht mehr kurzfristige Beschäftigungseffekte durch die Ansiedlung außenbestimmter Niedriglohnbetriebe waren das Ziel. Vielmehr ging es darum, mit modernisierten, einheimischen Betrieben die regionale Wirtschaft zu stärken und zu beleben. Wirtschaftlich schwache Regionen verstanden sich plötzlich nicht mehr nur als Objekt staatlicher Subventionspolitik von oben, sondern zunehmend als eine von unten und von innen heraus selbstgesteuerte, aktive Einheit. Dieses Konzept der „eigenständischen Regionalentwicklung“ entwickelte sich zunächst spontan und ungesteuert. 1978 griff das österreichische Bundeskanzleramt den Gedanken mit einem Förderprogramm für eigenständische Regionalentwicklung auf. 1983 schlossen sich zahlreiche Initiativen zur „Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für eigenständige Regionalentwicklung“ zusammen.

Die beiden Alpenländer haben in der Entwicklung des Regionalgedankens etwa ein Jahrzehnt Vorsprung vor Deutschland. Hier schlossen sich erst 1993 die Landschaftspflegeverbände zu einem Dachverband, den Deutschen Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL) zusammen. Bei der Gründungsversammlung des DVL im September 1993 in Berlin sprach der damalige Umweltminister KLAUS TÖPFER dann aber bereits von der „Wiedergeburt regionalen Denkens“. In den Schaufenstern der neuen Bundesländer fanden sich die ersten „Ostprodukte“. Der Thüringer Landwirt FLORIAN MEUSEL entwickelte in „ökologischen Wirtschaftsregionen“ naturraumbezogene Konzepte für eine landschaftsverträgliche Naturnutzung. Die umweltgerechte Entwicklung der ländlichen Räume sollte bewusst neben die Förderung der Industriekerne und Technologiezentren treten.

1994 stand der Deutsche Landschaftspflegekongress unter dem Motto „Landschaftspflege im Dienst einer nachhaltigen Regionalentwicklung“. In der Gießener Erklärung des DVL wird betont, dass eine stabile regionale Wirtschaftsentwicklung intakter Landschaften bedarf. Die damals 83 deutschen Landschaftspflegeverbände riefen zu einer Wiederentdeckung des Nahraumes auf, zu Wirtschaftskonzepten, die auf die Besonderheiten der jeweiligen Landschaft zugeschnitten sind, ihre Traditionen aufgreifen und ihr inneres Potential wecken. Viele ländliche Gegenden könnten nur dann als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume bestehen, wenn in ihnen mehr eigenständig erwirtschaftetes Kapital zirkuliert.

Die ersten großen praktischen Beispiele waren in Deutschland „Aus der Rhön – für die Rhön und NARET – die nachhaltige Regionalentwicklung Trier“. Inzwischen umfasst das Verzeichnis der deutschen Regionalinitiativen beim DVL 280 Adressen.

1994 forderte die ENQUETE-KOMMISSION SCHUTZ DER ERDATMOSPHÄRE des Deutschen Bundestages die Bundesregierung in ihrem Schlussbericht auf, „auf eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe gegenüber der internationalen Arbeitsteilung hinzuwirken“. 1995 begann der DVL mit dem Projekt „Initiierung regionaler Wirtschaftskreisläufe in den neuen Bundesländern“, dessen Ergebnisse in dieser Broschüre dargestellt sind. Als Mitte der neunziger Jahre etwas verspätet in Deutschland die breite Diskussion zur Umsetzung der Agenda 21 begann, war es leicht, das Gedankengut der Regionalbewegung in das globale Ziel der nachhaltigen Entwicklung einzufügen. Das Zieldreieck der Nachhaltigkeit mit seiner Gleichrangigkeit von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen wurde zur allseits anerkannten Politikgrundlage.

1996 fasste der europäische Ausschuss der Regionen eigens einen Beschluss zum Thema „Schutz und Förderung regionaltypischer Erzeugnisse“. Darin werden auch Qualitätsmerkmale gefordert, die sich vor allem auf naturverträgliche Erzeugung, auf den Landschaftsschutz und auf die Erhaltung des kulturellen Erbes erstrecken. 1997 befasste sich EDMUND STOIBER beim Deutschen Landschaftspflegetag in Ansbach mit der Regionalbewegung. Nach seiner Meinung brauchen die Menschen gerade wegen der Globalisierung zunehmend das Gefühl der Geborgenheit, die Identität im Kleinen, in ihrer Heimat. Nur dann könnten sie offen sein für großräumige Zusammenhänge; regionale Überschaubarkeit als Gegengewicht zur Komplexität der globalen Welt. Die Wiederentdeckung der Nähe forderte im selben Jahr auch WOLFGANG SCHÄUBLE: „Ich verstehe unter dem Begriff Regionalisierung weit mehr als ein Konzept für den Direktverkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse; mehr als ein Konzept zur Vermeidung überflüssigen Verkehrs – ich verstehe darunter einen gesellschaftspolitischen Entwurf, der Antwort gibt auf Fragen kultureller und politischer Identität in einer Zeit der Entgrenzung“.

Wo sind regionale Kreisläufe sinnvoll?

Nicht alle in einer Region wirtschaftenden Unternehmen lassen sich in ein Kreislaufkonzept einbeziehen. Besonders geeignet sind dafür jene Wirtschaftszweige, die mit dem natürlichen Grundstoffpotential eines Raumes arbeiten. Das sind Steine, Erden, Holz und landwirtschaftliche Produkte. Je höher das Grundstoffpotential einer Region ist, desto größere Bedeutung werden regionale Wirtschaftskreisläufe erlangen. In dünn besiedelten ländlichen Regionen kann zum Beispiel Biomasse einen nennenswerten Anteil an der Energieversorgung erreichen.

Alle Zweige der Nahrungsmittelerzeugung bilden den Kern regionaler Kreislaufkonzepte. Wie Erfahrungen aus der Rhön zeigen, kann der Anteil regional zirkulierender Warenströme auf gut 25 Prozent steigen.

Partnerschaftsprojekte zwischen Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Tourismus und Gastronomie versprechen besonderen Erfolg. Wer den Besuchern einer Gegend die Zusammenhänge zwischen den Besonderheiten der Landschaft, ihrer Nutzung und den Produkten, die daraus entstehen, geschickt nahebringt, wird mit gutem Geschäft belohnt. So konnte ein Bürgermeister im Erzgebirge vor kurzem stolz davon sprechen, dass ein Birkhuhn jährlich 10.000 Mark an Wertschöpfung in seine Gemeinde bringe. Mehr Birkhähne, mehr Wertschöpfung – eine ungewohnte Perspektive.

Die Region Trier hat sich modellhaft auf die Verarbeitung des Grundstoffes Holz auf allen Stufen der Wertschöpfungskette konzentriert. Das wirkt sich positiv auf Produktion, Arbeit und Einkommen in der Region aus. Koppelprodukte wie Sägespäne in Leichtziegelsteinen können in Betrieben anderer Branchen verwendet werden. Manche Anlagen lassen sich gemeinsam betreiben. Die viel zitierten Synergieeffekte werden so konkret nutzbar.

Neben dem Grundstoffpotential und der Landwirtschaft liegen in den Bereichen Bauhandwerk, Kunsthandwerk und allen traditionell für die jeweilige Gegend typischen Handwerkszweigen erhebliche Potentiale für mehr innerregionale Kreisläufe.

Schließlich sind der klassische Einzelhandel, die Gastronomie und die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft sinnvolle Aktionsfelder für regionales Wirtschaften.

Letztlich geht es immer darum, Anbieter und Nachfrager schneller und besser zusammenzubringen. Regionale Wirtschaftskreisläufe lassen sich nur von der Nachfrageseite her dauerhaft ausbauen. Als Vermittler zwischen Angebot und Nachfrage haben sich deshalb Regionalagenturen bewährt, die die Produzenten, Dienstleister, Verarbeiter, Händler und Konsumenten in einer Region vernetzen. Oft sind diese Agenturen an ländliche Telezentren angegliedert. In der Nutzung des Internet liegen auch für die nachhaltige Regionalentwicklung große Chancen. Gerade ländliche Räume und modernste Kommunikationstechniken können eine sinnvolle Symbiose eingehen, weil nun plötzlich wieder dezentrale Lebensformen möglich werden bei ungeschmälernten Kontakten zur großen Welt. Es ist möglich, weitab von hektischem Getriebe zu leben und doch mit allem auf der Erde in Verbindung zu stehen.

Zur Kritik an regionalen Kreisläufen

Die häufigste Kritik an der Idee regionaler Wirtschaftskonzepte kommt aus der neoliberalen Schule. Fortschreitende Arbeitsteilung und freier Welthandel bringen danach den entscheidenden Wohlfahrtsgewinn für alle Marktteilnehmer. Dieser Prozess dürfe nicht künstlich gebremst werden. Protektionismus und Abschottung würden den technischen Fortschritt verlangsamten und zu Wohlfahrtsverlusten führen.

Hinter dem Regionalgedanken stecke eine Wald- und Wiesenromantik; manche Kritiker mutmaßen dahinter überlebte Autarkievorstellungen. Wieder andere sprechen von ökosozialistischem Unfug oder beschwören gar eine Ökodiktatur herauf.

Die lupenreinen Marktwirtschaftler wollen sich nicht dazu drängen lassen, bestimmte Dinge nicht mehr zu kaufen oder andere zu bevorzugen. Dieselben Leute finden aber gar nichts dabei, wenn in einem Ort das letzte Geschäft schließt und alte Leute riesige Probleme haben, sich mit ihrem alltäglichen Bedarf zu versorgen; wenn ganze Dörfer ohne einen einzigen Landwirt sind oder kaum mehr handwerkliche Arbeitsplätze existieren und dafür lange Pendelwege in Kauf genommen werden müssen. Das ist dann eben Marktwirtschaft.

Regional und global – ein Widerspruch?

Nach dem Schlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages zirkulierten 1994 in Deutschland nur noch 5 Prozent des Warenvolumens regional, 95 Prozent aber in großräumigen Austauschvorgängen. Angesichts solcher Zahlen mutet die Kritik mancher Politstrategen an den Regionalkonzepten seltsam an. 58 Prozent kleinräumige Austauschvorgänge sind auf jeden Fall zu wenig für nachhaltiges Wirtschaften.

Nicht entweder regional oder global heißt also die Devise, sondern sowohl als auch. Dem neuen Jahrhundert entspricht ein Leitbild, in dem der Mensch wachen Anteil nimmt an allem, was in der Welt vorgeht, und die technischen Möglichkeiten überlegt

nutzt, aber gleichzeitig verankert ist in unverwechselbaren Regionen mit Überschaubarkeit und Nähe. THEODOR HEUSS hat das früh vorausgesehen mit seinem Wort: „Es braucht der Mensch die Naturerlebnisse als Gegengewicht gegen den kalten, harten Glanz laufender Maschinen“.

Wie das Räderwerk einer Uhr muss der globale Wirtschaftskreislauf mit vielen kleinen, selbstständig funktionierenden Kreisläufen unterfüttert sein. Je mehr solcher Kreisläufe es gibt, desto stabiler wird das Gesamtsystem. Fehlt dieses Fundament, dann wird das Wirtschaftsgeschehen extrem stör anfällig. Wenn es an einer Stelle einknickt, werden auch weit entfernte Handelspartner sofort in Mitleidenschaft gezogen. Die streikenden spanischen LKW-Fahrer des Jahres 1997, die binnen zwei Tagen das VW-Werk in Wolfsburg zum Stehen brachten, sollten uns in guter Erinnerung bleiben.

HORST KÖHLER, damals Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, fasste die Situation bei der Deutschen Agrarkredittagung im November 1997 treffend zusammen. Er kritisierte Überlegungen von Politik und Wirtschaft, wonach die absolute Globalisierung und Liberalisierung die Lösung der Wirtschaftsprobleme darstelle. Die Deutsche Wirtschaft lebe zwar vom Export und sei deshalb auf international offene Märkte angewiesen. Es sei aber bei aller Anerkennung der Globalisierungsrealität falsch, das Wirtschaftsgeschehen nur als Exportgeschäft zu verstehen und durch die Brille der sogenannten „global players“ zu sehen. Diese Ansicht vernachlässige die Bedeutung kultureller und sozialer Aspekte für Identität und gesellschaftliche Stabilität. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe würden in Deutschland auch in Zukunft für den größten Teil Menschen die Grundlagen für Arbeit und Einkommen bestimmen. Deshalb benötige Deutschland ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept, das bewusst auch nach der Pufferfunktion gegenüber weltwirtschaftlichen Turbulenzen und Verwerfungen frage. Dieser Ansatz helfe, die Chancen der Globalisierung besser nutzen zu können.

Das rückt auch die Landwirtschaft in ein neues Licht. Sie trägt maßgeblich zur gesellschaftlichen Stabilität bei und ist ein wichtiger Teil regionaler Wirtschaftskreisläufe. Sie übernimmt neben der Grundsicherung der Nahrungsversorgung auch neue Aufgaben des Umwelt- und Naturschutzes und leistet damit einen Beitrag zu einem Generationenvertrag neuer Art, den die Gesellschaft dringend benötigt, um ökonomisch, ökologisch und sozial den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden.

Bei der Analyse der Entwicklung deutscher Regionen im letzten Jahrzehnt fällt eines auf: Besonders nach vorne gekommen sind im Standortwettbewerb die Regionen, die ihre charakteristischen, kulturellen und naturräumlichen Eigenarten und Stärken besonders herausgearbeitet und daraus standörtlich angepasste Entwicklungskonzepte abgeleitet haben. Besonders zurückgefallen sind gesichtslose Durchschnittsregionen, übernutzte Räume und Abwanderungsgebiete, die einen verlassenen Eindruck machen. So heißt denn die klare Botschaft: Intakte Landschaften sind wichtig für eine positive, regionale Wirtschaftsentwicklung.

Neue politische Rahmenbedingungen

Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung lässt sich nur über lange Zeiträume verwirklichen. Wahrscheinlich wird der Übergang vom alten Ursache-Wirkungs-Denken zum vernetzten Kreislaufdenken ein bis zwei Generationen dauern. Doch wir müssen heute beginnen.

Wissenschaftler wie ERNST ULRICH VON WEIZÄCKER haben früh darauf hingewiesen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen müssen. Die finanziellen Anreize müssen so gesetzt werden, dass diejenigen, die den Weg zum nachhaltigen Wirtschaften gehen, belohnt werden und jene, die sich dem entziehen, die finanziellen Auswirkungen direkt spüren. Kritiker sollten sich daran erinnern, dass soziale Marktwirtschaft ohne den ordnungspolitischen Rahmen nie möglich gewesen wäre. Nun muss die Politik Rahmenbedingungen setzen, die umweltverträgliches Verhalten und umweltverträgliche Innovationen belohnen. Und dieses Anreizsystem muss für alle gelten.

Eine ökosoziale Marktwirtschaft wird es nur geben, wenn wir mehr den Verbrauch statt der Arbeit besteuern. Bis jetzt geschieht genau das Gegenteil. Das jetzige Steuer- und Abgabensystem belastet einseitig den Faktor Arbeit. Sein Anteil am Gesamtaufkommen aller Steuern und Abgaben ist von 45% im Jahr 1970 auf 67% Ende 1997 gestiegen! Im Verhältnis dazu ging der Steueranteil aus Kapitalerträgen und Energieverbrauch zurück. Das Gleichgewicht von direkten und indirekten Steuern ist empfindlich verschoben. Das jetzige Steuersystem führt in der wirtschaftlichen Logik zum Ersatz von immer mehr Arbeitskraft durch Maschinen und Energie. Es trägt damit massiv zur Arbeitslosigkeit bei. Hier liegt die gemeinsame Wurzel der Arbeitsmarkt- und Umweltprobleme. Bewährten marktwirtschaftlichen und finanzpolitischen Grundsätzen entspräche es, knappe Faktoren höher zu besteuern, damit sie sparsamer eingesetzt werden, und reichlich vorhandene Faktoren, wie derzeit die menschliche Arbeit, steuerlich zu entlasten.

Menschliche Arbeit zu entlasten und gleichzeitig den Energieverbrauch insbesondere beim Transport zu belasten, ist der wichtigste Schritt zu nachhaltigem Wirtschaften. Es führt kein Weg daran vorbei: Flugverkehr und Straßenverkehr sind zu billig zu haben. Die Preise spiegeln nicht die wahren Kosten wider. Die dadurch entstehenden externen Kosten sind volkswirtschaftlich gefährlich, weil sie zur Verschwendung knapper Ressourcen und damit zu volkswirtschaftlichen Fehlallokationen führen. Die Marktteilnehmer verhalten sich so, als würden diese Kosten nicht existieren, weil sie keinen Preis dafür entrichten müssen. Das hat direkt zur Folge, dass sie Flüge, Autofahrten und LKW-Transporte unternehmen, die bei Verrechnung der externen Kosten unterblieben. Niemand kann erwarten, dass dies der Markt von sich aus regelt, indem zum Beispiel die Fluggäste und Autofahrer einen freiwilligen Beitrag zur Begleichung externer Kosten entrichten. Externe Kosten lassen sich nur über allgemeinverbindliche Abgaben verrechnen.

Nur wenn wir die Abgabenlast allmählich umverlagern, werden wir die Trendwende bewirken. Ganz gewöhnliche Lebensmittel kreuz und quer über den Kontinent zu karren, spanische Tomaten nach Holland, holländische Butter nach Spanien, niedersächsischen Schinken nach Norditalien, damit er von dort als Parmaschinken zurückkommt – all das wird die nächste Generation mit Staunen betrachten. Unser jetziges Wirtschaften läuft sich heiß. Es wird an sich selbst ersticken, wenn wir das Tempo des Stoffdurchsatzes nicht drosseln und den großräumigen Warenumlauf nicht entzerren.

Alles andere sind dann Begleitmaßnahmen. Dazu gehören eine umfassendere Produktverantwortung, die Beseitigung umweltschädlicher Subventionen und die kostendeckende Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Quellen. Und eine geänderte regionale Wirtschaftsförderung, die nicht wie bisher nur für solche Betriebe greift, die ihre Waren weiter als 50 Kilometer entfernt verkaufen. Vielleicht wächst die Einsicht doch. 1997 schrieb sogar einer der führenden Vertreter der neoliberalen Schule, FRITZ FLISZAR, unter der Überschrift Globalisierung braucht Heimat: „Im globalen Dorf des Internet braucht es die regionale Welt umso mehr. Die effizienteren und überschaubaren Regionen werden einen großen Teil der öffentlichen Aufgaben übernehmen. Sogar die Finanzhoheit wird sich umkehren. Abgaben werden von den Gemeinden erhoben. Regionen und andere großräumigere Zusammenschlüsse werden daraus Anteile bekommen.“

Wie wird der Mensch im 21. Jahrhundert leben? Wird er sich immer mehr in die künstliche Hülle der Technowelt zurückziehen oder gleicht er sein Leben und Wirtschaften den Rhythmen der Natur an?

GERTRUD HÖHLER schrieb 1997 in dem bemerkenswerten Artikel „Ob es Heimat ohne Landschaft gibt?“: „Als ich Kindern begegnete, die nicht wussten, wie das Blatt der Himbeere aussieht und niemals einen Apfel von Baum gegessen hatten; da dämmerte die Erkenntnis in mir, dass sich Ökologie nicht dauerhaft gründen lässt auf Einsicht und Vernunft. Wenn wir die Rhythmen des natürlichen Lebens nicht mehr wahrnehmen, dann beginnen wir auch, sie in uns selbst zu leugnen.“ Aus der Natur unserer Innenwelt aber werden wir nicht ausbrechen können. Kinder brauchen die natürliche Welt, um ihr Auge schulen zu können an dem, was sich außerhalb ihrer technischen Lebenswelt abspielt; um Maßstäbe zu finden, wo sie selbst stehen.

So geht es beim nachhaltigen Wirtschaften um mehr als monetäre Wertschöpfung.

Regionale Kreisläufe und nachhaltige Entwicklung öffnen Wege zu einem zeitgemäßen Leben und Wirtschaften im Einklang mit den zeitlosen Gesetzen der Natur.